



GdP: Jetzt zeigt sich der wahre Stellenwert der Inneren Sicherheit

Nachdem der Bremer Senat den Gesetzesentwurf zum Haushalt an die Bremische Bürgerschaft übergeben hat, beginnt in diesem Monat das parlamentarische Beratungsverfahren. Die Fraktionen werden sich somit in den kommenden Wochen intensiv mit dem Thema Innere Sicherheit beschäftigen.

Die Zielzahl für die Personalstärke der Polizei Bremen ist seit Beginn der neuen Legislaturperiode auf 2540 angehoben worden. Dennoch fordern derzeit die CDU und die FDP eine Zielzahl von 2600.

Warum Erhöhung der Zielzahlen?

Die Personalbedarfe der **Polizei Bremen** haben sich seit der Wahl in Bremen drastisch erhöht: Terrorbekämpfung, Aufgaben in Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation, Staatsschutz, Sonderlagen und vieles mehr bedingen mehr Polizeikräfte, die aber aufgrund der tatsächlichen Personalsituation nicht verfügbar sind. Die GdP fordert daher im ersten Schritt die Zielzahl der Polizei Bremen auf 2600 zu erhöhen und im Anschluss das Thema Aufgabenkritik, also die Abgabe von nichtpolizeilichen Aufgaben umzusetzen. Personal stärken und Aufgaben reduzieren, nur dieser Weg kann die hohe Qualität unserer Kolleginnen und Kollegen aufrechterhalten.

Polizeipräsident Lutz Müller und die Direktionsleiter der Polizei Bremen informierten zum Thema Aufgabenkritik Ende April Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die noch nicht beschlossene „Giftliste“ sorgte für kontroverse Diskussionen, Frust und Unterstützung. Vor allem der Plan, Stellen außerhalb der 24-Stunden-Dienste und Einheiten der Bereitschaftspolizei nicht zu besetzen und

das übrig gebliebene Personal in diesen Diensten zu halten, schränkt uns Einzelne stark ein. Auch mögliche Zwangsversetzungen oder Umsetzungen stehen im Raum.

Der GdP-Vorstand ist sich einig: Unsere Personalräte sind so wichtig wie nie!

Die Zielzahl der **Ortspolizeibehörde Bremerhaven** ist zwischen dem Senat und dem Magistrat übereinstimmend auf 474 vereinbart worden. In Bremerhaven sind die Personalbedarfe sicherlich nicht gesunken, weshalb wird in der Zeit der angespannten Sicherheitslage in unseren beiden Städten hier das Personal abgebaut? Die GdP fordert daher, den Personalabbau bei der Ortspolizeibehörde zu stoppen und ebenfalls eine erhöhte Zielzahl zu beschließen.

Eine Zielzahl im **Stadtamt Bremen** existiert nicht. Auf Grundlage eines Kontraktes wird die Personalstärke im Stadtamt in die Bereiche „Kernbereich“ und „Poolkräfte“ aufgeteilt. Eine höhere ausfinanzierte Zielzahl würde hier eine deutliche Entspannung und Verbesserung herbeiführen. Die GdP fordert daher die Erhöhung des Kernpersonals, die Ausnahme von der Personaleinsparungsquote und die Übernahme der Poolkräfte in das Stadtamt.

Erhöhungen der Zielzahlen würden zeigen, welchen Stellenwert die Innere Sicherheit in Bremen und Bremerhaven hat. Mit ihnen gelingt es, dass unsere Sicherheitsbehörden einen wichtigen Schritt nach vorne machen und besser werden, um unseren gesetzlichen Aufträgen nachzukommen.

Unsere Bürgerinnen und Bürger fordern dies ebenfalls ein. Neben den vielen Beiräten in den Stadtteilen forderten auch die Handelskammer und die bremischen Werbe- und Interessensgemeinschaften in einer Veranstaltung mehr Personal und Budget für die Innere Sicherheit. In einer Ver-

anstaltung zum Thema Ladendiebstahl, an der unser Landesvorsitzender Jochen Kopelke neben Vertretern der Staatsanwaltschaft Bremen und der Polizei Bremen teilnahm, schlossen sich die anwesenden Teilnehmer der GdP-Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ an.

Als Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordern wir außerdem:

- Verbesserung des Zulagenwesens
- Mehr Beförderungen und Hebung
- Abschaffung des einheitlichen Beförderungstermins
- Abbau der Unterdeckung bei der Polizei Bremen
- Gesundheitsprogramme im Stadtamt Bremen
- Besserer Schutz bei Übergriffen auf Vollstreckungsbeamte
- Moderne Arbeitsplätze
- Moderne Dienstgebäude

Wir brauchen Verstärkung

Unsere bundesweite GdP-Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ findet in Bremen und Bremerhaven nach wie vor großen Anklang. Wir werden bis zum Ende der Haushaltsberatungen den Druck aufrechterhalten und mit unseren Mitteln für eine bessere Ausstattung unserer Polizei kämpfen. Werdet aktiv, nutzt unsere Internetseite www.wir-brauchen-verstaerkung.info und motiviert eure Freunde, Kolleginnen und Kollegen, Verwandte, Sportvereine und viele, viele mehr, um deutlich zu machen, dass auch andere nach mehr Sicherheit rufen und wir mehr Personal und eine bessere Ausstattung benötigen.

Eure GdP



Besoldung begrenzt dienstfähiger Beamter neu geregelt

Was ist „begrenzte Dienstfähigkeit“?

Unter begrenzter Dienstfähigkeit ist nach § 27 Abs. 1 Beamtenstatusgesetz Folgendes zu verstehen:

„Von der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit soll abgesehen werden, wenn die Beamtin oder der Beamte unter Beibehaltung des übertragenen Amtes die Dienstpflichten noch während mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit erfüllen kann.“

Die Arbeitszeit wird entsprechend der begrenzten Dienstfähigkeit herabgesetzt.

Was bedeutet das für die Besoldung?

Bisher erhielten begrenzt Dienstfähige in Bremen nach § 72 a i. V. m. § 6 Abs. 1 BBesG i. d. F. vom 31. 8. 2006 Dienstbezüge wie Teilzeitbeschäftigte, das heißt, die Dienstbezüge wurden im gleichen Verhältnis wie die Arbeitszeit gekürzt. Zudem sah die Bremische Dienstbezügezuschlagsverordnung vom 24. 8. 2010 die Gewährung eines Zuschlags i. H. v. 4% der Dienstbezüge bei Vollzeitbeschäftigung, mindestens aber 180 € vor. Lagen aber die Dienstbezüge bei begrenzter Dienstfähigkeit über einem errechneten fiktiven Ruhegehalt, so wurde unter Hinweis auf § 2 Abs. 2 Bremische Dienstbezügezuschlagsverordnung der Zuschlag je nach Einzelfall bis auf null verringert (sog. „Aufzehrungsregelung“).

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat sich mit Entscheidungen vom 27. 3. 2014 (2 C 50/11) und 18. 6. 2015 (2 C 49/13) mit der baden-württembergischen und der niedersächsischen Dienstbezügezuschlagsverordnung befasst und hat grundsätzlich festgelegt:

„Das Alimentationsprinzip und der allgemeine Gleichheitssatz verbieten es, begrenzt dienstfähige Beamte wie teilzeitbeschäftigte Beamte zu besolden. Geboten ist eine Orientierung an der Besoldung für Vollzeitbeschäftigte.“

Eine Aufzehrungsregelung wurde ausdrücklich abgelehnt. Die niedersächsische Regelung, die einen 5%igen Zuschlag auf die Vollzeitbezüge, mindestens aber 250 €, verbunden mit der Möglichkeit einer Aufzehrung bis zu einem Sockelbetrag von 150 € vorsieht, betrachtet das BVerwG als verfassungswidrig und hat das Verfahren dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zur Entscheidung vorgelegt.

Was hat sich in Bremen geändert?

Die Bremische Bürgerschaft hat am 5. 4. 2016 ein Gesetz zur Neuregelung des Besoldungsrechts beschlossen, das Gesetz trat zum 1. 5. 2016 in Kraft. § 10 Abs. 1 regelt die Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit:

„Bei begrenzter Dienstfähigkeit nach § 27 Beamtenstatusgesetz erhält die Beamtin oder der Beamte ... Besoldung entsprechend § 9 Abs. 1. Dies wird um einen nicht ruhegehaltfähigen Zuschlag ergänzt. Der Zuschlag beträgt 50 von Hundert des Unterschiedsbetrages zwischen nach Satz 1 gekürzten Dienstbezügen und den Dienstbezügen, die die oder der begrenzt Dienstfähige bei Vollzeitbeschäftigung erhalten würde.“

Auf eine Aufzehrungsregelung wurde vor dem Hintergrund der o. g. BVerwG-Entscheidung bewusst verzichtet. Die Bremische Dienstbezügezuschlagsverordnung tritt außer Kraft. Damit wurde der Weg geebnet für eine bessere und verfassungsgemäße Besoldung begrenzt dienstfähiger Beamter in Bremen.

RAIN Dr. C. Albrecht-Sautter

TERMIN

Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe 2016, Landesjournal Bremen, ist der **5. Juni 2016**.

Artikel bitte mailen an:

Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Bremen

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

GdP IM INTERNET

Vereinfachtes Login in Mitgliederbereich

Die exklusiven GdP-Serviceangebote sind ab sofort für alle Mitglieder leichter zugänglich. Unter Berücksichtigung entsprechender Datenschutzbestimmungen erleichtert ein modifiziertes Login-Verfahren den Onlinezugang zu Serviceangeboten wie „Literaturdatenbank“ und „Stellentauschbörse“ deutlich.

Mit der **Mitgliedsnummer** (Benutzername), dem **Geburtsdatum** und der **Postleitzahl** (notwendig für das Passwort) kann jedes Mitglied, **das zuvor noch keinen Loginantrag gestellt hatte**, sich ohne bürokratische Hürden umgehend in den Mitgliederbereich einloggen.

Übrigens: Die Mitgliedsnummer finden GdP-Mitglieder auf dem Adressetikett DEUTSCHE POLIZEI, auf dem Mitgliedsausweis oder auch auf dem Kontoauszug des Beitrags-einzuges.

Alles Weitere findet ihr unter: <https://www.gdp.de> **Registerkarte Mitgliederbereich.**



Musterverfahren Amtsangemessene Besoldung 2013/2014

VG Bremen legt Verfahren dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zur Entscheidung vor.

Mit Pressemitteilung vom 6. 4. 2016 hat das Verwaltungsgericht (VG) Bremen darüber informiert, dass es die Besoldung der Bremer Beamten, Richter und Professoren in den Jahren 2013 (Juli bis Dezember) und 2014 für unvereinbar mit dem Grundgesetz (Art. 33 Abs. 5 GG) hält. Es hat deshalb fünf Klagverfahren betreffend die Frage der amtsangemessenen Alimentation ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zur Entscheidung vorlegt.

Eines dieser fünf dem BVerfG vorgelegten Verfahren ist das GdP-Verfahren eines bremischen Polizeibeamten der Besoldungsgruppe A 11, das über den DGB-Rechtsschutz geführt wird.

Das VG Bremen unterscheidet in diesen fünf Verfahren zwei Gruppen: Die Besoldung der Richter nach R 1, der Professoren nach C 3 sowie der Lehrer nach A 13 hält es auf Grundlage der vom BVerfG im Jahr 2015 erarbeiteten Kriterien (BVerfGE vom 5. 5. 2015, 2 BvL 17/09 u. a.) für evident unzureichend.

Die Besoldung in den Besoldungsgruppen A 6, A 7 und A 11 seien danach zwar nicht evident unzureichend, es fehle aber an einer nachvollziehbaren Begründung.

Das VG beanstandet, dass der bremische Gesetzgeber seiner Verpflichtung vor einer Entscheidung über die Alimentation der Beamten Daten über bestimmte Kriterien, insbesondere die Entwicklung und Höhe der Einkommen in der Privatwirtschaft, einzuholen nicht nachgekommen sei bzw. dies in der Gesetzesbegründung nicht dokumentiert habe. Diese Daten hätten aber in die zu treffende Abwägungsentscheidung einfließen müssen.

Im September 2013 hatte der DGB im Auftrag von GdP, GEW und ver.di eine Musterverfahrensvereinbarung mit der Senatorin für Finanzen zum Gesetz zur Anpassung der Besol-

dungs- und Versorgungsbezüge 2013/2014 abgeschlossen. Seitdem steht auf der Homepage der GdP Bremen (www.gdp.de/bremen) ein Musterwiderspruch für unsere Mitglieder zur Verfügung. Wer zu diesem Verfahren noch keinen Widerspruch eingelegt hat, kann dies unter Verwendung der Vorlage somit noch nachholen.

Dass das VG Bremen in einem ersten Schritt das Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge 2013/2014 zumindest in Teilen für verfassungswidrig erachtet, ist ein

positives Zeichen für die anhängigen Klagen und eingelegten Widersprüche.

Das VG Bremen wartet nun die Entscheidung des BVerfG ab, liegt diese vor, werden die Verfahren dort fortgeführt. Aufgrund der Erfahrungen hinsichtlich der Dauer besoldungsrechtlicher Verfahren beim BVerfG dürfte mit einer schnellen Entscheidung wohl nicht zu rechnen sein. Die GdP Bremen behält das Verfahren natürlich im Blick und wird über den Fortgang informieren!

RAin Dr. C. Albrecht-Sautter

TARIFVERHANDLUNGEN 2016

Warnstreik in Bremen

Bei diesem Wetter hofften alle, dass der kleine Januar endlich aus dem April abgeholt wird, doch stattdessen trieb der kalte Wind Regen und Schneeflocken vor sich her. Uns trieb etwas anderes an: Die Arbeitgeber hatten in der zweiten Verhandlungsrunde ein Angebot abgegeben, das wahrlich ein Affront gegen alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst darstellte.

Obwohl sich alle bei diesem Wetter lieber an einen sonnig warmen Strand wünschten, nahmen die Bremerhavener Tarifbeschäftigten zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen und Bremen an dem De-

monstrationszug vom Schlachthof hin zum Bremer Marktplatz und der anschließenden Kundgebung teil. Hier kamen Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Bereichen zu Wort, die alle die gleichen desaströsen Zustände beschreiben.

Der Vertrauensmann der IG Metall von Daimler Benz pointierte mit einem Satz das eigentlich Unfassbare: „Wir schrauben Bleche an Autos – es kann doch nicht angehen, dass ihr weniger verdient als wir!“

Deutschland ist bei der Höhe der Gehälter des öffentlichen Dienstes das Schlusslicht im europäischen Vergleich. Unsere Beschäftigten werden mit immer mehr Aufgaben und immer größerem Anspruchsdenken für die mitzubringende Flexibilität bei Arbeitszeit und Aufgabenerledigung konfrontiert. Vor allem in der niedrigen Entlohnung zeigt sich die mangelnde Anerkennung der geleisteten Arbeit. Personalabbau und Wiederbesetzungssperre erledigen den Rest, um die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen durch die stetige Arbeitsverdichtung zu ruinieren.

Das gilt übrigens auch im besonderen Maße für die Beamtinnen und Be-



Foto: ver.di

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

amten im Polizeivollzugsdienst, für die ich hier auch einmal eine Lanze brechen möchte, sowohl im Bereich des TVöD, als auch im TVL. Es ist ein Skandal sondergleichen, dass wir alle trotz Fulltime-Job ständig einen höheren Verlust der Kaufkraft hinnehmen müssen und aus dem prall gefüllten Haushaltstopf kein Geld für die dringenden notwendigen Gehaltsanpassungen vorhanden sein soll.

Und daher appellieren wir: Liebe Arbeitgeber! Setzen Sie doch endlich

einmal ein Zeichen gegen die fortschreitende Ausbeutung der Beschäftigten in unserem Land, sorgen Sie dafür, dass unsere erbrachten Leistungen angemessen bezahlt werden! Dafür kämpfen wir! – Um mehr Personal und um 6% – mindestens! Dann klappt es auch mit unserem Bildungs-, Gesundheits- und Rentensystem, denn das Fundament für einen funktionierenden Staat bilden noch immer die Beschäftigten!

Meinen herzlichen Dank an alle Teilnehmer/-innen in Bremen, den Kolleginnen und Kollegen des Ein-

satzdienstes, die mit ihrer Begleitung und Absicherung der Strecke den Demozug durch Bremens Innenstadt möglich machten und den Daheimgebliebenen, die vor Ort Flagge gezeigt haben! Euer Einsatz ist als Signal immer außerordentlich wichtig, wenn wir bei den Tarifverhandlungen ein gutes Ergebnis erzielen wollen! Ach ja, das sollte ich doch noch erwähnen: wir waren allein in Bremen über 3000 Streikende, die dem Schietwetter trotzten.

Brigitte Weinhold,
Kreisgruppe Bremerhaven

FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

Tagung der Vertrauensleute auf Landesebene

Polizeipräsident und Direktionsleiter Schutzpolizei waren zu Gast

Am 19. 4. 2016 kamen auf Einladung des Landesvorstandes des 20 Vertrauensleute im Vereinsheim des ATSV Sebaldsbrück zu ihrer jährlichen Tagung zusammen. Nach der Begrüßung durch Nils Winter, zuständiges Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand für den Bereich Schutzpolizei, wurden am Anfang des Tages die aktuellen gewerkschaftspolitischen Themen besprochen und das Wahlergebnis der Personalvertretungswahlen analysiert.

Die GdP-Liste Schutzpolizei verbuchte bei den Wahlen leichte Stimmengewinne. Somit ist die Liste erneut mit fünf Mitgliedern im Gremium des Personalrates vertreten. Wir danken

allen Wählerinnen und Wählern. Die Hauptthemen zum gewerkschaftlichen Situationsbericht waren unter anderem der Beförderungstermin, Tarifverhandlungen und das Thema Zulagen.

Beförderungstermin

Aufgrund der haushaltslosen Zeit im Land Bremen wurde der Beförderungstermin vom 1. 1. 2016 auf den 1. 7. 2016 verschoben. Der im letzten Jahr gestellte Initiativantrag des Personalrats der Polizei Bremen, den Beförderungstermin in den Dezember 2015 vorzuverlegen, blieb leider erfolglos. Vor etwa zwei Monaten sah es dann so aus, dass der 1. 7. 2016 auch nicht eingehalten werden kann. Nun soll der Haushalt im Land Bremen im Mai 2016 beraten werden. Am 15. 6. 2016 kommt

es zur ersten Lesung in der Bürgerschaft zur Haushaltsaufstellung 2016/2017. Wenn der Haushalt in dieser ersten Lesung bereits beschlossen werden sollte, könnte der Beförderungstermin umgesetzt werden. Der Landesvorstand wird hierzu weitere Gespräche mit den verantwortlichen Politikern führen.

Tarifverhandlungen

Bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst gab es am 29. 4. 2016 eine Einigung mit folgendem Ergebnis:

Erhöhung der Löhne und Gehälter ab dem 1. 3. 2016 um 2,4 Prozent und ab dem 1. 2. 2017 um weitere 2,35 Prozent. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten. Der Bundesinnenminister will sich für eine zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Ergebnisses auf den Beamtenbereich einsetzen. Hier ist anzumerken, dass der Beamtenbereich, unter anderem in Bremen, noch auf eine Gehaltserhöhung aus den Tarifverhandlungen 2015 in Höhe von 2,3 Prozent mindestens aber 75 Euro zum 1. 7. 2016 wartet.

Zulagen

Zum Thema Zulagen haben Gespräche zwischen der Senatorin für Finanzen und dem DGB, unter anderem mit



Die Vertrauensleute der Schutzpolizei beschäftigten sich mit vielen drängenden Problemen.



FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

TERMIN VORMERKEN

GdP-Party
im August

Bayerischer Abend im
Paulaners (Wehrschloss)
mit Grillbüfett und DJ
am Samstag, 13. 8. 2016.

dem GdP-Landesfachausschussvorsitzenden für Beamten- und Besoldungsrecht, Heinfried Keithahn, stattgefunden. Bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitung lagen noch keine Ergebnisse vor. Wir informieren euch umgehend mit Flugblättern, wenn es zu Beschlüssen gekommen ist.

Diskussion mit Polizeipräsident
und Direktionsleiter

Zur Mittagszeit unserer Tagung erschienen der **Polizeipräsident Herr**

dass er unsere Argumente nachvollziehen kann und grundsätzlich mit der Einführung einverstanden ist. Er fordert aber eine Trageverpflichtung und damit einhergehend ein einheitliches Erscheinungsbild. Einer Trageverpflichtung stimmt die GdP nicht zu. Aktuell befasst sich eine Arbeitsgruppe mit unserer Forderung. Auch hier wird eine Trageverpflichtung, die es in den anderen Bundesländern auch nicht gibt, abgelehnt. Zum einheitlichen Erscheinungsbild wird die Arbeitsgruppe nach einer Entscheidung



Nils Winter, Polizeipräsident Lutz Müller und Direktionsleiter Schutzpolizei Rainer Zottmann (v. ll.) in der Diskussion mit den Vertrauensleuten.

Lutz Müller und der **Leiter der Direktion Schutzpolizei, Herr Rainer Zottmann**, um mit den Teilnehmern unter anderem über die Erweiterung der Fachkarriere im uniformierten Bereich und Einführung eines Karriereverlaufsmodells zu sprechen. Diese langjährige Forderung der GdP-Fachgruppe Schutzpolizei scheint endlich die ersten Früchte zu tragen. Der Polizeipräsident steht dieser Forderung positiv gegenüber.

Am 9. 2. 2016 waren der GdP-Landesvorsitzende Jochen Kopelke und Nils Winter zu dieser Thematik beim Polizeipräsidenten eingeladen. An diesem Tag wurde vereinbart, dass eine Arbeitsgruppe unter Leitung eines Abteilungsleiters der Schutzpolizei, einem Vertreter aus der Direktion FP und Vertretern aus der GdP gegründet werden soll. Bis zum heutigen Zeitpunkt ist aber niemand an uns herangetreten. Nils Winter forderte daraufhin beim Polizeipräsidenten ein, dass die Arbeitsgruppe spätestens bis zum Fachgruppenseminar in Tossens (13. bis 15. 6. 2016) ihre Arbeit aufgenommen hat.

Im letzten Jahr hat die GdP-Fachgruppe Schutzpolizei die Einführung einer Außentragehülle zur Ergänzung der Unterziehschutzweste gefordert. Hierzu äußerte der Polizeipräsident,

der Behördenleitung erneut zusammenkommen.

Mit dem Polizeipräsidenten und dem Direktionsleiter der Schutzpolizei wurden noch folgende Themen kontrovers diskutiert:

- Eingeschränkte Dienstzeiten des Kriseninterventionsdienstes und dadurch zu erwartende Mehrbelastung in der Polizei Bremen,
- Sachstand Zentralgewahrsam zur Entlastung in der Polizei Bremen,
- Dienstplan im Einsatzdienst der Schutzpolizei,
- Aufgabenkritik.

Unsere Vertrauensleute und der Vorstand der Fachgruppe Schutzpolizei werden euch über die Inhalte der o.a. Themen weiter informieren.

Für Fachgruppenseminar
anmelden

Vom 13. bis 15. 6. 2016 findet das GdP-Fachgruppenseminar in Tossens statt. Der Polizeipräsident und der Leiter der Direktion Schutzpolizei haben auf Einladung ihre Teilnahme zugesagt. Gegebenenfalls gibt es noch freie Plätze für das Seminar in Tossens. Bei Interesse meldet euch bitte umgehend in der GdP-Geschäftsstelle bei Gaby Buziek an.

Eure GdP-Fachgruppe Schutzpolizei

GdP-BILDUNGSARBEIT

Hochwertiges und
modernes Angebot

Seit Anfang dieses Jahres führte unsere GdP mehrere Tagesseminare zum Thema **Vorbereitung auf Auswahlverfahren** durch. Vor allem die bevorstehenden Q1-Verfahren, aber auch andere Auswahlverfahren verlangen den Bewerbern immer mehr ab. Zusammen mit dem ausgebildeten Supervisor Dirk Bülow führte die GdP daher eine gezielte Vorbereitung unserer Mitglieder durch. Alle Veranstaltungen waren ausgebucht.

In der GdP-Geschäftsstelle wurden den zwölf Teilnehmern eines Kurses sowohl theoretische als auch praktische Hilfestellungen für Auswahlgespräche und Bewerbungsverfahren gegeben. Übungen in Kleingruppen sorgten für den wichtigen „Aha!“-Effekt, der manchmal entscheidend sein kann. Das **Feedback** der Teilnehmer war eindeutig und bezeichnend: **„ein hochwertiges und modernes Angebot“**.

Die Nachfrage nach diesem Seminar ist groß, wir können das Seminar jedoch nur GdP-Mitgliedern anbieten.

Die professionelle Betreuung der Veranstaltungen durch unsere Mitarbeiterin Gaby Buziek rundete diese GdP-Tagesseminare ab.

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen für die bevorstehenden Auswahlverfahren viel Erfolg.

Eure GdP

Alle Seminare und Infos findet ihr auf www.gdp.de/Bremen, **Registerkarte Leistungen**.



Neues Angebot für Mitglieder

Seit Mai bietet die JUNGE GRUPPE Bremen in Zusammenarbeit mit der PVAG eine bessere Absicherung während der Ausbildung für alle **Mitglieder**, die sich im Studium bei der Polizei Bremen oder der Ortspolizeibehörde Bremerhaven befinden. Sollte ein Mitglied aufgrund einer dauerhaften Unfallfolge als polizeidienstuntauglich eingestuft werden, hilft die JUNGE GRUPPE Bremen hier mit bis zu 10 000 Euro, um

die ersten Schritte in ein neues Leben zu überbrücken. Diese Versicherung ist im Mitgliedsbeitrag der GdP enthalten und wird bisher nur in wenigen Landesbezirken angeboten. Wir freuen uns außerordentlich, dass die Zusammenarbeit mit unseren Partnern der PVAG sich zum wiederholten Male als sehr erfolgreich erwiesen hat und dass wir das Angebot unserer Mitgliedschaft nochmals erweitern konnten.

HERAUSFORDERUNG. MIT SICHERHEIT.
 Bis zu 10.000€ bekommst du, wenn du aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig die Ausbildung beenden musst*.
 Wir unterstützen dich nicht nur in der Ausbildung, wir sichern dich sogar ab. Informier dich unter www.gdp-hb.de oder telefonisch unter 0421/9495850.

JUNGE GRUPPE
 Gewerkschaft der Polizei

JUNGE GRUPPE zu Gast bei Bündnis 90/Die Grünen

Am Abend des 12. April folgte eine fünfköpfige Delegation der JUNGEN GRUPPE Bremen einer Einladung des Innendeputierten und Co-Sprechers der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Demokratie, Innen & Recht von Bündnis 90/Die Grünen aus Bremen, Herrn Søren Brand, in deren Parteiräume. Als Ausfluss der allgemeinen Häufung und Verschärfung von gewalttätigen Angriffen im öffentlichen Raum und besonders gegen die Polizei befasste sich die LAG in dieser terminierten Sitzung mit dem Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“.

Seitens der LAG wurde ausdrücklich gewünscht, unsere aktuelle bundesweite Kampagne: „AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld“ den Sitzungsteilnehmern, unter denen sich u. a. auch der innenpolitische Sprecher Wilko Zicht befand, vorzustellen und anschließend in eine offene Diskussionsrunde überzugehen.

Nils Peters, Landesjugendvorsitzender in Bremen, stellte die Kampagne in einer kurzen Präsentation vor.

„AUCH MENSCH“ stieß auf breite Zustimmung und spürbare Betroffenheit angesichts der präsentierten Zahlen zur steigenden Gewalt, vor allem in Bremen und Bremerhaven.

In der anschließenden Diskussionsrunde konnten sich alle Teilnehmer der JUNGEN GRUPPE überzeugend einbringen und fühlten sich in der äußerst angenehmen Atmosphäre absolut wohl und ernstgenommen. Trotz der teils brisanten Themenauswahl, von der Einrichtung einer übergeordneten Ombuds-/Schlichtungsstelle, über zivilen Ungehorsam, Einführung eines Schutzparagrafen für Staatsbedienstete (§ 115 StGB), Spuckschutzhauben und Bodycam, vorherrschende Personalnot bis hin zu Lösungsansätzen für straffällige unbegleitete minderjährige Ausländer, ließen sich alle Beteiligten auf einen offenen Diskurs in Augenhöhe ein. Nach gut zweieinhalb Stunden wurde die Sitzung durch Søren Brand mit bereits 30 Minuten



JUNGE GRUPPE

Verzug beendet, obwohl wir sicherlich die doppelte Zeit hätten füllen können.

Abschließend überreichte die JUNGE GRUPPE der Landesarbeitsgemeinschaft zwei gerahmte Plakate der Aktion „AUCH MENSCH“ zur Erinnerung an dieses gelungene Treffen und in Vorbereitung auf die anstehenden Haushaltsgespräche ...

Wir bedanken uns an dieser Stelle noch einmal recht herzlich für die Einladung und freuen uns bereits jetzt auf eine Fortsetzung, die von beiden Seiten ausdrücklich gewünscht wurde.

JUNGE GRUPPE der GdP Bremen



Vertreter Bündnis 90/Die Grünen und Mitglieder der JUNGE GRUPPE Bremen trafen sich zum Meinungsaustausch.

FACHGRUPPE SENIOREN

Busreise „Rhein in Flammen“

St. Goar/Mainz vom 16. bis 19. September 2016

1. Tag: Freitag, 16. September 2016: Bremen–Mainz.

Abfahrt Bremen ZOB um 8.15 Uhr. Ankunft am Nachmittag in Mainz (4-Sterne-Best-Western-Hotel), Stadtrundfahrt, anschl. gemeinsames Abendessen im Hotel.

2. Tag: Sonnabend, 17. September 2016: Rhein in Flammen.

Ab 10 Uhr Rundfahrt durch die Region „Rheingau“ mit Gästeführer. Kleine Stopp in der Stadt des Weines Eltville, weiter entlang des Rheingaugebirges bis Rüdesheim. Ab 17.30 Uhr an Bord eines Fahrgastschiffes beim gemeinsamen Abendessen kann die Atmosphäre „Der Rhein in Flammen“ genossen werden.

3. Tag: Sonntag, 18. September 2016: Region erkunden.

Fahrt mit dem Bus in die Weinregion Alzey. Besuch eines Weinbetriebes mit Rundgang in Wintersheim. Brotzeit in den Bergen. Am Nachmittag Rückfahrt nach Mainz. Abends eine Fahrt nach Rüdesheim zur berühmten Drosselgasse. Dort gemeinsames Abendessen.

4. Tag: Montag, 19. September 2016: Rückfahrt Mainz–Bremen.

Nach dem Frühstück die Rückfahrt nach Bremen über Koblenz, mit Stopp am Deutschen Eck. Ankunft in Bremen gegen 18 Uhr.

Der Reisepreis beträgt (bei 45 Personen) 485 Euro (Einzelzimmerzuschlag 119 Euro).

Im Reisepreis enthalten sind folgende Leistungen:

Busreise mit Programm – Kaffee/Tee im Bus während der Reise – 3x Übernachtungen im DZ – 3x Frühstücksbüfett – 1 Abendessen (3-Gang) im Hotel – 1x Abendessen in Rüdesheim – Abendessen (2-Gang) auf dem Schiff – Besuch Weingut einschl. Brotzeit und Kostproben – Ganztägige Rundfahrt mit Gästeführer – Fahrt mit der Seilbahn.

Anfragen bzw. Anmeldungen: Kollege Eckhard Lindhorst, Tel. 04 21/ 55 53 98 oder E-Mail: eckhardlindhorst@web.de

Änderung im Vorstand

Aus persönlichen Gründen hat der Kollege **Herbert Meyer (Bremerhaven)** seine seit über sechs Jahren ausgeübte Funktion als Beisitzer im Fachgruppenvorstand niederlegen müssen. Anlässlich der letzten Sitzung wurde er vom Fachgruppenvorsitzenden und von unserem Landesbezirksvorsitzenden in der GdP-Geschäftsstelle mit einer Würdigung für die geleistete Arbeit im Vorstand verabschiedet. Herbert wird, wenn es möglich ist, an den Treffen in Bremerhaven teilnehmen.

Monatstreffen

Bremerhaven

Dienstag, 14. Juni 2016, 16 Uhr,
Ernst-Barlach-Haus, Am Holz-
hafen 8

Bremen

Donnerstag, 9. Juni 2016, 15.30
Uhr, Grollander Krug
Für das Monatstreffen hat

Bürgermeister Dr. Carsten Sieling

seine Teilnahme verbindlich zugesagt. Es war nicht ganz einfach, einen Termin zu bekommen! Als Fachgruppenvorstand würden wir uns freuen, wenn viele Kolleginnen und Kollegen daran teilnehmen. Wir werden zusätzliche Tische und Stühle bereitstellen.

Wolfgang Karzenburg

Der Kollege **Werner Volkmann** wird die Aufgabe übernehmen. Werner hat in der Ortspolizeibehörde Bremerhaven (K) seinen Dienst versehen. Er war viele Jahre im Personalrat der Ortspolizei und auch schon in seiner aktiven Zeit für die GdP tätig. Werner wurde auf der letzten Sitzung kommissarisch als Beisitzer mit der Aufgabenwahrnehmung für Bremerhaven in den Fachgruppenvorstand Senioren bis zur nächsten Mitgliederversammlung gewählt.

Wolfgang Karzenburg



Bereitschaftspolizei – ein interessanter Arbeitsplatz ...

... so könnte es sein: zu der Tätigkeit in der Alltags- und Sonderlage in Bremen kommen Unterstützungseinsätze in anderen Bundesländern hinzu. So suchte das Land Niedersachsen zum Besuch des amerikanischen Präsidenten im Zeitraum 22. bis 25. April um Kräfte nach, die Bremen auch gerne schicken wollte.

Aber bis es so weit war, dauerte es eine Weile: zu prüfen war, wie viele Kräfte Bremen aufgrund verfügbaren Personals und eigener Lagen überhaupt würde stellen können. So lautete dann das Angebot schließlich auf eine BFE und eine Hundertschaft mit ca. 75 Einsatzkräften; hier wurde die Auswirkung der Absenkung der Ist-Stärken der Einsatzzüge bereits sehr deutlich.

Nachdem das Ob geklärt war, blieben noch das Wann und Was offen. Einsatzzeiten und Aufträge wechselten mehrfach, schließlich sollten es zwei Tages- bzw. Frühdienste werden, die aber im letzten Moment in einem Nachtdienst mit Raumschutzauftrag am 24./25. April endeten. Dabei erschloss sich den Einsatzkräften nicht, warum dieser Dienst in der „normalen“ Uniform unter Mitführung der Körperschutzausstattung durchgeführt werden musste, was aufgrund der Witterung als unzumutbar empfunden wurde und auch in der Kombination kaum zusammengepasst hätte. Kleiner Trost die Verpflegung: Im Einsatzraum wurde zunächst Kaltverpflegung in Form von Verpflegungsbeuteln und Getränken ausgeteilt. Die Einsatzverpflegung war reichhaltig und frisch, es gab unter anderem frisches Brot und Obst. Nachts wurde zudem eine Warmverpflegung angeboten.

Erschwerend kam für die Einsatzkräfte hinzu, dass sie bis unmittelbar vor dem Einsatztag noch ihre Regeldienste besetzen mussten und auch unmittelbar im Anschluss daran wieder in diese einmündeten; teilweise schon in einen nächtlichen Einsatz am Rückkehrtag bzw. einen frühmorgendlichen Einsatz am Folgetag. Desgleichen kam es beim Übergang vom Regeldienst in die Sonderlage und zurück zu ungünstigen Konstellatio-

nen, da ausgleichende Freizeit nicht immer gewährt werden konnte, da auf die Kräfte in der Bremer Alltagslage nicht verzichtet werden kann.

Aber auch für die nicht am Einsatz unmittelbar teilnehmenden Einheiten hat die Abwesenheit von Kräften Folgen: So müssen ggf. Dienstzeiten verlängert oder umgelegt werden und die Einheiten im Dienst „stark gehalten“ werden, um die zwingend zu besetzenden Maßnahmen aufrecht erhalten zu können. Bei sinkenden Ist-Stärken der Einheiten gibt es kaum Möglichkeiten, die Dienstzeiten aufzuteilen, es kommt zu verkürzten Freiphasen, Überstundenaufbau oder nicht mehr möglichem Überstundenabbau sowie durch 110-prozentige Auslastung mit Aufträgen zu einer starken Arbeitsverdichtung. Besonders in den Zwölf-Stunden-Wochenenddiensten macht sich dies inzwischen deutlich bemerkbar.

Darüber hinaus muss in der Regel für mindestens eine der mitfahrenden Einheiten ein Freizeitausgleich am Wochenende geschaffen werden, was dann Verschiebungen in der Aufrufolge dieses Wochenendes zur Folge hat. Bisher konnten die erforderlichen Ausgleiche gewährt werden – wenn auch dazu schon eine „Kräftelücke“ in Kauf genommen wurde, da Fremd-

kräfte nicht zu bekommen waren und damit zulasten der Eigensicherung der eingesetzten Kräfte. Ob dies aber so bleibt, kann durchaus bezweifelt werden, da die „Talsohle“ noch nicht erreicht ist und zuletzt schon auf den „Betonfrei“-Zug zurückgegriffen wurde.

Aus all dem wird deutlich, wie sehr die Polizei Bremen sowohl in der Alltags- als auch Sonderlage auf eine starke Bereitschaftspolizei angewiesen ist. Die Arbeitsqualität leidet bereits, wenn aber eine Gefährdung der Kolleginnen und Kollegen nicht in Kauf genommen werden soll, verträgt die Bereitschaftspolizei keine (weiteren) personellen Kürzungen!

Michael Hellberg,
stellv. Vorsitzender
FG Bereitschaftspolizei



FACHGRUPPE STADTAMT

Aufbruchstimmung

Nicht nur das Wetter in Tossens war besonders lebhaft, sondern auch das Seminar. In diesem Jahr war die Fachgruppe Stadtamt in einer noch nie dagewesenen Größe vertreten. Durch die Wahl der Fachgruppe im letzten Jahr, gibt es einen Querschnitt der Mitglieder durch fast alle Abteilungen des Stadtamtes.

Hauptthema des diesjährigen Seminars war die positive Mitgliederentwicklung in der jüngsten Vergangenheit. Im Seminar wurden die Vorteile einer starken Gemeinschaft

herausgearbeitet. In den letzten zwei Jahren hat sich innerhalb der GdP die Wahrnehmung für das Stadtamt deutlich verbessert.

Eine der vielen Überlegungen der Seminarteilnehmer ist ein Grillfest für alle Kollegen des Stadtamtes, in dem wir u. a. über die anstehenden Tarifverhandlungen 2017 in geselliger Runde informieren möchten.

Beim Besuch des Landesvorsitzenden Jochen Kopelke fand ein reger Austausch statt. Wir als Fachgruppe sagen Danke. **Fachgruppe Stadtamt**

